

Tunesien: Ein Diktator wurde besiegt, die Ungerechtigkeit bleibt – noch?!

Eine gute Nachricht: Die Jugendlichen, Arbeitslosen und Arbeitenden im Mittelmeer-Reiseparadies Tunesien haben sich vom Diktator Ben Ali befreit. 23 Jahre lang hat sein blutiger Polizeistaat die Bevölkerung in Angst und Schrecken gehalten.

Die Revolte gegen einen Diktator ...

4 Wochen lang gingen die Menschen auf die Straße und ließen sich nicht mehr von der Polizei einschüchtern, obwohl diese mit scharfer Munition in die Menge schoss, Dutzende tötete, Hunderte verletzte und Tausende verhaftete.

Die soziale Revolte in Tunesien begann nach der Selbstverbrennung eines Jugendlichen, der nach dem Tod seines Vaters sein Studium abbrechen und sich als fliegender Händler durchschlagen musste. Als er immer wieder von den Behörden schikaniert wurde, sah er keinen Ausweg mehr. Sein Fall ist typisch für ein Land, das unter extremer Armut und einer Arbeitslosigkeit von offiziell 15,7 % leidet, wo selbst ein Studium keinen Job sichert.

Besonders verhasst war angesichts des allgemeinen Elends die Schamlosigkeit, mit der die engen Vertrauten des Präsidenten und deren Angehörige sich ungeheure Reichtümer unter den Nagel rissen.

... der vom Westen unterstützt wurde

Dabei hatten sie die Unterstützung der EU, insbesondere Frankreichs, das zur herrschenden Elite in der ehemaligen Kolonie Tunesien besonders enge Beziehungen pflegt.

Doch für Perspektivlosigkeit und Armut ist nicht allein die Korruption verantwortlich, sondern eine Wirtschaftspolitik, die von EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gelobt wurde. So hat der IWF-Vorsitzende Strauss-Kahn erklärt, die Reformen Ben Alis hätten „die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gemindert“. Diese „Reformen“ sind nichts anderes, als eine extreme Ausbeutung der Arbeiterklasse, die durch den Polizeiterror ermöglicht wurde. Niedrigstlöhne führten zu Verlagerungen von Textilindustrie und Callcentern nach Tunesien.

In Bezug auf die Diktatur hat der Westen beide Augen zugeknippt. Die EU hat sogar zum „Schutz“ ihrer Außengrenzen gerne auf den Repressionsapparat dieser Diktatur zurückgegriffen: Mit Tunesien bestehen Verträge, die eine Zuwanderung von Flüchtlingen nach Europa schon auf afrikanischer Seite verhindern sollen – man kann sich gut vorstellen,

mit welchen Methoden!

Noch in der letzten Woche hat Frankreichs Außenministerin Ben Ali ihre Unterstützung zugesagt. Ben Ali musste trotzdem gehen.

Wie weiter?

Eine neue Übergangsregierung wurde gebildet. Zum Teil besteht sie aus den alten Ministern. So auch der neue Präsident Ghannouchi. Er hat jahrzehntelang der Diktatur treue Dienste geleistet. Und Bundeskanzlerin Merkel bot ihm sofort ihre Hilfe an! Die Bevölkerung ist sauer und sie gehen weiterhin zu zehntausenden auf die Straße. Vier neue Minister sind bereits aus der Regierung zurückgetreten.

Die Jugendlichen und Arbeitenden in Tunesien, die sich erfolgreich gegen einen verhassten Diktator zur Wehr gesetzt haben, werden weiter kämpfen müssen, damit nicht einfach nur ein paar Köpfe ausgetauscht werden und alles beim Alten bleibt.

Neben der politischen Befreiung müssen auch die sozialen Probleme gelöst werden, die miserablen Löhne erhöht und die Preise kontrolliert werden.

Wenn die Arbeiterklasse sich organisiert, kann sie der Revolte, die bislang vor allem gegen alle verhassten staatlichen Organe und Symbole gerichtet ist, eine solche Perspektive geben.

Nicht nur in Tunesien!

Schon jetzt springt der Funke der tunesischen Revolte auf die Nachbarländer über: In Algerien, wo der Mindestlohn nur 157 € beträgt, gibt es schon seit einer Woche ebenfalls Proteste gegen die Teuerung. Am Sonntag gingen Menschen in Jordanien und Ägypten auf die Straße. Einer von ihnen sagte:

„Was in Tunis passiert ist, gibt uns allen Hoffnung, dass die Angst gebrochen werden kann und Diktaturen besiegt werden können.“

Und zwar nicht nur Polizeidiktaturen, sondern auch die Diktatur der Kapitalmärkte und Profite: Überall sollen die Lasten der kapitalistischen Krise auf die Arbeitenden abgewälzt werden. In Griechenland, Spanien, Portugal, England und Italien gab es erste Proteste. Die tunesische Bevölkerung hat sich gegen einen scheinbar übermächtigen Staat durchgesetzt. Das ist eine Ermutigung für Arbeitskämpfe auf der ganzen Welt gegen dieses kapitalistische System, das über Grenzen hinweg zusammenhält!

Von Kollegen für Kollegen...

Das bisschen Abwasch...?

... macht sich eben nicht von allein. Aber auf Station 130 ist der Geschirrspüler kaputt. Wo soll da das Problem sein? Kauft man halt einen Neuen. Aber das Budget der Station ist erschöpft und die CFM soll angeblich jetzt dafür zuständig sein. Tja, bis dahin aber ist Rennen über den Flur angesagt, um auf Station 131 alles zu spülen. Da braucht man ja bald Rollschuhe, um das alles in der vorgegebenen Zeit zu schaffen.

Geduld übt sich bei der CFM!

Die Reinigungskräfte der CFM haben sich auf das Jahr 2011 gefreut – endlich die versprochene, tarifübliche Lohnerhöhung auf 8,65€/Stunde. Aber nein, nicht mal die 25 Cent gönnt man einem und zahlt nur 8,55€. 10 Cent mehr waren wohl nicht im Portmonee der CFM-Führung? Zumindest kann man sich dann nach kräftigem Sparen die wohl dringendst benötigten Rollschuhe leisten!

Pressen, pressen! Auspressen?

Die KollegInnen aus der Reinigung sollen – wenn es nach der CFM geht – wohl bald am Wochenende drei Stationen statt zwei sauber machen. Die meinen wohl, weil sie süße 15 Cent pro Stunde mehr zahlen, könnten sie die KollegInnen zu noch mehr Arbeit antreiben...

Der Markt wird's schon richten?

Die Zahl der Klinikinfektionen ist in Deutschland immens hoch. Gerade jetzt musste im Klinikum Fulda die Zentralsterilisation zwangsgeschlossen werden. Blutreste und Flugrost wurden auf dem OP-Besteck zu Hauf gefunden. Und welche Antwort hat die Bundesregierung parat? Sie will eine „Qualitätsoffensive“ starten, was heißt, dass die Krankenhäuser in Zukunft die Infektionszahlen öffentlich machen müssen. „Das wird die Krankenhäuser anspornen, im Wettbewerb besser zu werden“, so der CDU-Gesundheits-„Experte“ Jens Spohn. Ja, ja, der Markt wird's schon richten... Statt endlich mehr Personal einzustellen und den Druck rauszunehmen, soll nun der Druck auf uns erhöht werden, der doch schließlich die Ursache für mangelnde Hygiene ist. Die PolitikerInnen sind doch verblüffend kreativ... um immer wieder dieselbe mistige Politik auf neue Art zu verkaufen.

Der Markt richtet eben nur Unheil an!

Das private Rhön-Klinikum hat negative Schlagzeilen. Lausige Pflege wurde den Kliniken in Marburg und Pasing bei München mehrfach bescheinigt. Das ist schlecht für den Konzern-Gewinn, schließlich wollen die Aktionäre weiterhin 33 % des Gewinns fürs Nichtstun bekommen. Daher versucht die Rhön AG nun Zeugen und Journalisten mit Klagen unter Druck zu setzen.

„Danke, wir gehen“

Desöfteren hörte man dies die Tage in tschechischen Krankenhäusern. Denn die Ärzte haben genug von der schlechten Bezahlung und ca. 4000 Mediziner reichten zu Anfang des Jahres ihre Kündigung ein. Sollte diese wirksam werden, würde ab 1. März jeder vierte Krankenhaus-Arzt im Lande fehlen. Viele Ärzte würden ins Ausland abwandern. Die Regierung nannte diese „organisierte Abwanderung eine inakzeptable Erpressung“ und wolle, wenn's darauf ankommt, dieses Problem auf „spanische Art“ lösen. D.h. also den Notstand ausrufen und die Arbeitspflicht mit Unterstützung des Militärs einführen. Mit vorgehaltener Knarre operiert es sich sicherlich viel besser!

Aber auch in Deutschland sieht es nicht besser aus. Nach einer Studie fehlen bis 2020 ca. 135.000 nicht-ärztliche und 24.000 ärztliche Fachkräfte. Dabei sind wir jetzt schon völlig unterbesetzt! In Zukunft sollten die Patienten wohl schon mal lernen, sich selbst zu versorgen, denn neben Personalmangel und ständigen Dokumentationen haben wir bald keine Zeit mehr für sie. Es sei denn, wir schaffen es bald, für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal zu kämpfen!

„Werden Sie aktiv!“

„[...] Ob die Geschäftsführung demnächst in Tarifverhandlungen eintreten darf, entscheiden die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat der CFM erst im März. Jetzt müssen wir zeigen, dass das Maß voll ist. Wir dürfen uns nicht länger hinhalten lassen. Die gesamte Belegschaft muss sich nun organisieren und für den Arbeitskampf rüsten.“ Genau! Ver.di sagt es, wir müssen es nur noch machen!

Der Zugverkehr bleibt auf der Strecke

Anfang der 90er hatten die Politiker beschlossen, die Bahn zu privatisieren. Seitdem wurden im Ausland Milliardenengeschäfte gemacht, der Konzern in über 200 Einzelunternehmen aufgesplittet, Subunternehmen für alles Mögliche beauftragt, bei Wartung und Sicherheit in den Werkstätten gespart. Wenn um 4 Uhr morgens eine Weichenstörung gemeldet wird, kann es eben bis zum Nachmittag dauern, bis sie beseitigt ist. Außerdem wurden über 200.000 Bahner rausgeschmissen, Schichtzeiten ausgeweitet, Leiharbeiter für 6,80 € rangeholt. „Optimierung“ nennen das die Manager. Ausbeutung nennen das die Bahner. Im Dezember endete der Spardruck für einen Arbeiter tödlich, einer wurde schwer verletzt. Sie hatten Weichen in Blankenburg enteist und wurden von einer S-Bahn überrollt. Für die DB rechnet sich das alles, selbst das Bahnchaos. Noch im November hatte sie für die S-Bahn im Jahr 2013 wieder knapp 60 Mio. Gewinn eingeplant. 2010 machte DB insgesamt 1,75 Mrd. Gewinn, bis 2015 soll er sich verdoppeln.

DIES IST DEIN FLUGBLATT. WENN DU WILLST, DASS DAS VITAMIN C ALLE KOLLEGINNEN GUT INFORMIERT, DANN HILF DABEI! WENDE DICH AN:
flugblatt_charite@gmx.net , www.sozialistische-arbeiterstimme.org